

Entschließungsantrag

der Bundesräte Markus Leinfellner, Andreas Spanring
und weiterer Bundesräte

betreffend Einbindung der Personalvertretung im Krisenfall

eingebracht im Zuge der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 20.03.2020 über das Bundesgesetz 2. COVID-19-Gesetz

Am 20.03.2020 wurde im Nationalrat ein Gesetz zum Verbrauch von Alt-Urlaub für den Öffentlichen Dienst beschlossen, durch welches angeordnet wird, dass Bedienstete den im vergangenen Jahr oder in den Vorjahren nicht in Anspruch genommenen Alt-Urlaub aufbrauchen müssen.¹

Begründet wird diese Maßnahme damit, dass nach der Corona-Krise jedenfalls eine möglichst hohe Arbeitskapazität im öffentlichen Dienst gewährleistet wird, also Mitarbeiter nicht durch die Nutzung von Alt-Urlaub ausfallen, wie es in den Gesetzeserläuterungen erklärend heißt. Von der freiheitlichen Gewerkschaft AUF gab es dagegen massiven Protest, weil die Bestimmungen im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheit ohne offizielle Mitwirkung der Personalvertreter der Beamten und Vertragsbediensteten erfolgten.²

Insbesondere in Krisensituationen ist der Öffentliche Dienst aufgrund der einschlägigen Dienstpflichten und der Erwartungshaltung der Bevölkerung dazu aufgerufen, seinen wichtigen Beitrag zur Bewältigung von Ausnahmesituationen zu leisten. In der Praxis zeigt sich, dass diese Erwartungshaltungen erfüllt werden und ein Arbeiten zugunsten der Bevölkerung in den Vordergrund gestellt wird.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert durch Erlässe sicherzustellen, dass beabsichtigte Maßnahmen betreffend den Verbrauch von Alt-Urlaub im Sinne des 2. COVID-19-Gesetzes vor ihrer Durchführung, mit dem Ziel einer Verständigung im Sinne des § 9 Bundes-Personalvertretungsgesetz, rechtzeitig und eingehend mit den Dienststellenausschüssen verhandelt werden.“

- 
1. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I_00112/index.shtml
 2. <http://www.auf.at/news-detail/artikel/regierung-plant-gesetzesänderung-zur-schaffung-von-zwangspause-im-öffentlichen-dienst/>

